

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Hüser und der Fraktion DIE GRÜNEN

Zukunft der Zollspeditionen im einheitlichen EG-Binnenmarkt

Bei Vollendung des EG-Binnenmarktes müssen die Unternehmen und Beschäftigten, die an den EG-Grenzen als Zollspediteure Dienstleistungen für Exporteure und Importeure erbringen, damit rechnen, daß ihre Tätigkeit bis zum 31. Dezember 1992 nachgefragt, danach aber nicht mehr benötigt wird. Demnach ist mit der Stilllegung von Betriebsteilen bzw. ganzen Betrieben und entsprechenden Arbeitsplatzverlusten zu rechnen. Die Zahl der Beschäftigten dieser Branche beträgt in der Bundesrepublik Deutschland etwa 16 000.

Dazu fragen wir die Bundesregierung:

1. Hat sich die Bundesregierung bereits mit dieser Problematik befaßt, und wie beurteilt sie die Auswirkungen der Neuregelung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs auf diese Branche?
2. Hat die Bundesregierung bereits Abhilfe- oder Übergangsmaßnahmen erörtert oder beschlossen, und welcher Art sollen diese sein?
3. Wie steht die Bundesregierung zu der Anregung, die Beratungsrechte der Zollspeditionen auszuweiten und ihnen insofern neue Tätigkeitsfelder zu erschließen?
4. Wie ist der Stand der EG-einheitlichen Gestaltung der Betätigungsbedingungen für diese Branche bzw. wie sehen entsprechende Planungen aus?

Bonn, den 14. September 1989

Hüser

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

